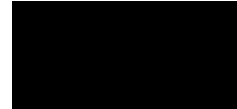


An die Bundesnetzagentur

Per E-Mail: EU-Verfahren-622@BNetzA.de

Market Design & Regulatory Affairs

Ihre Zeichen
Ihre Nachricht 622-21-012
Unsere Zeichen
Name
Telefon
E-Mail



Essen, 10. November 2021

Betrifft: Vorschlag aller kontinentaleuropäischen ÜNBs für die Festlegung eines Mindesterbringungszeitraums, den FCR-Einheiten oder -Gruppen mit begrenzten Energiespeichern benötigen, um während des gefährdeten Zustands verfügbar zu bleiben (gemäß Artikel 156 Absatz 11 der Verordnung (EU) 2017/1485 der Kommission)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vielen Dank für die Gelegenheit, in diesem Genehmigungsverfahren Stellung zu nehmen. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, um darzulegen, warum der Vorschlag der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNBs) durch die Regulierungsbehörden abgelehnt werden sollte. Anstatt einzelne Technologien effektiv vom FCR-Markt auszuschließen, sollten ÜNBs den Mindesterbringungszeitraum für FCR-Einheiten mit begrenzten Energiespeichern während des gefährdeten Zustands („Mindesterbringungszeitraum“) entsprechend der in Deutschland gültigen Regeln auf 15 Minuten festlegen. Sollte die Erhöhung auf 30 Minuten dennoch genehmigt werden, wäre zumindest die Regelung zum Bestandschutz zu präzisieren.

Ungewisse Effizienzgewinne

Die von den ÜNBs beschriebene Kostenreduktion von 10% ist für uns nicht nachvollziehbar, weil die Berechnung dieses Wertes nicht öffentlich gemacht wurde. Eine Änderung der zugrunde liegenden Annahmen könnte das Ergebnis umdrehen. Da der 10%-Wert die für eine Implementierung des Vorschlages notwendigen Investitionskosten für die Umrüstung der Anlagen nicht berücksichtigt, stellen wir infrage, ob überhaupt mit einer Kostenreduktion zu rechnen ist.

Regulatorische Stabilität notwendig

Wir möchten auch darauf hinweisen, dass Investitionen ein stabiles regulatorisches Umfeld benötigen. Die Funktionsfähigkeit des FCR-Markts war bisher eigentlich gar nicht in Frage gestellt worden. Der Fokus sollte nun darauf liegen, das im Umfeld der Energy Balancing Guideline formulierte Zielmarktdesign für Regelernergie umzusetzen, anstatt es schon jetzt zu überarbeiten.

RWE Supply & Trading GmbH

RWE Platz 6
45141 Essen

T +49 201 5179-0
F +49 201 5179-5299
I www.rwe.com

Aufsichtsrat:
Dr. Michael Müller
(Vorsitzender)

Geschäftsführung:
Andree Stracke (Vorsitzender)
Gunhild Grieve
Peter Krembel
Ulf Kerstin

Sitz der Gesellschaft: Essen
Eingetragen beim
Amtsgericht Essen
Handelsregister-Nr.
HRB 14 327

Deutsche Bank Essen
BLZ 360 700 50
Kto.-Nr. 299 070 300
SWIFT: DEUTDEDE
IBAN: DE68 3607 0050
0299 0703 00

Ust.-IdNr. DE 8130 22 070
Ust.-Nr. 112/5717/1032

...

Sich ständig ändernde regulatorische Rahmenbedingungen erschweren und verteuern die für die Energiewende notwendigen Investitionen. Insbesondere die Begründung, mit der Neuregelung des FCR-Markts Probleme bei der Erbringung von aFRR lösen zu wollen, erscheint uns nicht zielgerichtet.

Unzureichende Begründung

Die Begründung der ÜNBs halten wir für unzureichend:

- Es wird behauptet, dass eine eingeschränkte Aktivierungsdauer zu höherer Nachfrage für FCR führt. Die höhere Qualität von Batterien, wie beispielsweise die schnelle Reaktionszeit und genauere Fahrweise, wird dabei allerdings nicht berücksichtigt. Stattdessen wird behauptet, Technologien mit kürzerer Aktivierungsdauer hätten einen geringeren Wert. Auch dass diese Anlagen schon heute einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten, wird nicht gewürdigt.
- Laut den ÜNBs ergaben die Berechnungen der Auswirkungen des Vorschlags lediglich Kostenreduktionen von 10%. In Anbetracht der dafür herangezogenen Annahmen und dem wahrscheinlichen Verlust der Anlagen, die die neuen Anforderungen nicht erfüllen werden, zweifeln wir an, dass der Mindesterbringungszeitraum von 30 Minuten vorteilhaft ist.
- Eine wichtige Annahme der ÜNBs ist, dass die FCR-Nachfrage proportional zum Wachstum von Speicherkapazitäten steigt, wenn Speicherkapazitäten 900MW erreichen. Hier nehmen ÜNBs an, dass zusätzliche Speicherkapazitäten von 1200 MW (mit Mindesterbringungszeitraum von 15 Minuten) oder 300 MW (mit Mindesterbringungszeitraum von 30 Minuten) konventionelle Erzeugungsanlagen nicht ersetzen werden, sondern die Nachfrage nach FCR im gleichen Ausmaß erhöhen werden. Wir können nicht nachvollziehen, warum zusätzliche Speicherkapazitäten keinerlei Effekt haben sollten.
- In einer ausschließlich von Anlagen mit begrenztem Energiespeicher geprägten Situation wird ein FCR Bedarf von 4800 MW (für 15 Minuten Mindesterbringungszeitraum) und 3500 MW (für 30 Minuten Mindesterbringungszeitraum) angenommen. Gleichzeitig wird argumentiert, die Menge an Energie wäre der Treiber zusätzlicher FCR-Kapazitäten. Wir können nicht nachvollziehen, wie 1200 MWh für den Mindesterbringungszeitraum von 15 Minuten zu 1750 MWh für den Mindesterbringungszeitraum von 30 Minuten passen.
- Die ÜNBs beleuchten zwar die Versorgungssicherheit der Zukunft, legen dieser Betrachtung aber den heutigen Erzeugungspark zugrunde. Kohleausstieg, Kernenergieausstieg, anderweitige Kraftwerksschließungen und der Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung und flexibler Kapazitäten werden nicht gewürdigt. Diese Entwicklungen auszublenken macht die Schlussfolgerungen kaum belastbar.

Bestandschutz notwendig

Sollte der Vorschlag trotzdem genehmigt werden, sollte unbedingt Bestandsschutz für die Anlagen gewährt werden, die die Präqualifizierung in den kommenden zwei Jahren durchlaufen werden oder bereits durchlaufen haben. Insofern begrüßen wir den zuletzt durch die ÜNBs in Artikel 3 des Vorschlags eingefügten Bestandsschutz, müssen jedoch darauf hinweisen, dass dieser in dieser Form das Problem kaum lindert. Denn da die Präqualifizierung in der Regel im 5-Jahresrhythmus erneuert werden muss, würde das Problem sich also spätestens bei der erneuten Präqualifizierung erneut stellen. Der Vorschlag der ÜNBs müsste also mindestens in dem Sinne abgeändert werden, dass der Bestandsschutz auch bei allen darauffolgenden Erneuerungen der Präqualifizierung für die gleiche Anlage weiterhin gilt.

Derating-Faktor

Wir sind der Meinung, dass die bestehende Technologieneutralität beibehalten und kein Derating-Faktor (DF) verwendet werden sollte, wie er im Begründungsdokument der ÜNBs beschrieben wird. Andernfalls befürchten wir, dass der Vorschlag insbesondere Batterien aus dem FCR-Markt drängt. Wie beschrieben würde man sich dadurch der Vorteile von Batterien (Regelgeschwindigkeit, Regelgenauigkeit) berauben ohne nachvollziehbar nachgewiesen zu haben, dass durch die Speicherbegrenzung ein Nachteil entsteht. Alternativ müsste der Rating-Faktor Aspekte wie Regelgeschwindigkeit und Regelgenauigkeit berücksichtigen.

Auch vor dem Hintergrund des in der Studie nicht berücksichtigten Rückbaus konventioneller Erzeugungsanlagen ist der Vorschlag abzulehnen, da die mit dem Vorschlag verbundene Entwertung der Assets die Unsicherheit für Marktteilnehmer erhöht. Dies führt zu einer Verteuerung von zukünftigen für die Energiewende notwendigen Investitionen.

Sollte es dennoch zur Einführung eines Derating-Faktors kommen, sollte dieser für ganz Kontinentaleuropa harmonisiert werden.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße,

